

Pressemitteilung vom 22. November 2018

Endlich unabhängig von der Kohle

Sachsen mauert in Sachen Klimaschutz. Dabei kann es sich der Freistaat schon längst nicht mehr leisten, den Ausstieg aus der Braunkohle weiter hinauszuzögern. Der Klimawandel findet längst statt. Die Verstromung der Braunkohle ist ein wesentlicher Faktor, der ihn vorantreibt. Die Folgen unter anderem: extreme Wetterlagen, Dürren, Hochwasser, Ernteausfälle. Die immer noch anhaltende Dürre sorgt dafür, dass in Sachsen die ersten Brunnen austrocknen. Der Freistaat zahlt allein in diesem Jahr mehr als 22 Millionen Euro Hilfen an seine Landwirte, um die Verluste durch den extrem trockenen Sommer auszugleichen.

Davon unbeirrt fordert Sachsens Ministerpräsident Michael Kretschmer gemeinsam mit seinen Kollegen Dietmar Woidke und Reiner Haseloff aus Brandenburg und Sachsen-Anhalt eine Verlängerung der Arbeit der Kohlekommission. Für den anstehenden Strukturwandel in den Kohleregionen verlangen sie mehr Geld aus Bundesmitteln. Außerdem müsse der anstehende Strukturwandel erst stattgefunden haben, bevor ein Ausstieg aus der Kohle eingeleitet werden könne.

Felix Ekardt, Vorsitzender des BUND Sachsen, erklärt: „Der Klimawandel gefährdet nicht nur die menschliche Existenz, indem er Nahrungs- und Wasserknappheit, Kriege und Naturkatastrophen weltweit begünstigt. Er ist auch extrem teuer – teilweise schon hier und heute. Dazu kommen die hohen Kosten, die die Verbrennung fossiler Brennstoffe wie Braunkohle jährlich in unserem Gesundheitssystem auslösen. Es wäre gut, wenn CDU und SPD mit dieser volkswirtschaftlich irrationalen Politik aufhören und schleunigst auf erneuerbare Energien umsteigen würden.“

„Ich bin für die Kohle“, sagte demgegenüber Kretschmer erst vor kurzem im Rahmen eines in der Lausitz stattgefundenen Bürgerdialogs. Dort setzte er außerdem den Abbau der Braunkohle und die damit einhergehende Enteignung von Anwohnern durch ein Privatunternehmen als „öffentliches Interesse“ mit dem Bau von Radwegen gleich. Damit zeigte er einmal mehr, dass für den Freistaat nicht die Interessen seiner Bürger, sondern die Interessen der kohlefördernden Unternehmen an erster Stelle stehen. Läge der sächsischen Landesregierung tatsächlich an einem gelingenden Strukturwandel, dann ginge sie mit der Zeit und würde ihren Bürgern in der Lausitz und im Leipziger Umland endlich die Weichen stellen für ein Leben unabhängig von der Kohle.

Hintergrund: www.bund-sachsen.de/braunkohle

Pressekontakt:

Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt, Tel. 0341/ 49 27 78 66, felix.ekardt@bund-sachsen.de